

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/219

16. November 1971

Der Parteitag von Bonn

Erdrängende Probleme müssen gelöst werden

Von Willy Brandt
SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Die SPD regiert in Bremen allein

Warum die FDP in der Hansestadt in die
Opposition ging

Von Moritz Thepe
Landesvorsitzender der SPD Bremen und Senator
für das Bildungswesen

Seite 3 / 44 Zeilen

Abschied von "Publik"

Progressives Katholiken-Organ wird einge-
stellt

Seite 4 / 41 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Der Parteitag von Bonn

Drängende Probleme müssen gelöst werden

Von Willy Brandt

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Dieser Außerordentliche Parteitag von Bonn, den der Saarbrücker Parteitag mit wichtigen, aber auch schwierigen Problemen befrachtet hat, sieht sich schon vor seinem Zusammentritt mit der konzentrierten Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit konfrontiert. Kein Zweifel: Die mit drei Tagen begrenzte Tagungszeit wird knapp werden, wenn - nach der Erörterung der ganz aktuellen politischen Probleme - die Fragen der Steuerreform, der Vermögensbildung, der Massenmedien und der Parteiorganisation im notwendigen sachlichen Umfang debattiert und entschieden werden sollen. Aber mit solchen Schwierigkeiten hat jede Partei zu kämpfen, die es unternimmt, die drängenden und sich oft überstürzenden Fragen dieser Zeit in den Griff zu bekommen.

Ich stimme den Beobachtern zu, die voraussagen, daß der Bonner Parteitag an Lebendigkeit nichts zu wünschen übriglassen wird. Die Konferenzen in den Parteiorganisationen ließen erkennen, daß die Delegierten mit hohem Engagement an ihre schwierige Arbeit gehen und sie durchsetzen werden. Die Partei selbst, die ihre Bundesparteitage immer sehr ernst genommen hat, wird diesen Bonner Parteitag mit größter und kritischer Aufmerksamkeit verfolgen. Die Probleme, die von 18. bis 20. November auf der Tagesordnung stehen, sind von politischer, sachlicher und gesellschaftlicher Brisanz: Eine Brisanz, die sich aus vielerlei, nicht immer parallel laufenden Komponenten ergibt.

Wir befinden uns, und das muß man - auf die Gefahr hin, als banal zu erscheinen - in aller Eindringlichkeit sagen, in einer Zeit des Umbruchs. Wer das, aus welchen Gründen auch immer,

nicht wahrhaben will, täuscht sich und andere. So, wie wir im Bereich der Außenpolitik neue Wege gehen, um zu unserem verantwortlichen Teil mit dem großen Komplex der Friedenssicherung im Dienste unseres Volkes und der Menschheit positiv fertig werden zu können, so haben wir auch im Bereich der Innenpolitik anspruchsvolle Maßstäbe anzulegen. Allzulange hat man schwerwiegende Probleme vor sich hergeschoben, die jetzt gefährlich drängend und dringlich werden, und ich sehe es als eine der vornehmsten Aufgaben gerade der SPD als Volks- und Massenpartei an, hier für Klärung und Regelung zu sorgen. Ich brauche gar nicht auf Einzelheiten einzugehen, wenn ich sage, daß die Fragen der gesellschaftlichen Erneuerung - also auch der Sozialinvestitionen - zu den aktuellen Kardinalproblemen gehören, die beantwortet werden müssen, wenn wir den inneren Frieden bewahren wollen. So sehen es nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch andere, nicht zuletzt verantwortliche Männer der beiden Kirchen.

Ich bin davon überzeugt, daß der Außerordentliche Parteitag von Bonn redlich versuchen wird, Antworten zu finden, die vernünftig, gerecht, sozial und zukunftsweisend sind. Dieser Parteitag wird keine Akklamationszusammenkunft sein. Die Partei und mit ihr die Öffentlichkeit werden sachliche Auseinandersetzungen erleben. Sie werden aber zugleich den lebendigen Beweis liefern, daß diese Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich den drängenden Fragen unserer Zeit offen und aufgeschlossen stellt, um sie zum Nutzen aller bewältigen zu können.

(- tee 16.11.1974 by

Die SPD regiert in Bremen allein

Warum die FDP in der Hansestadt in die Opposition ging

Von Moritz Thape

Landesvorsitzender der SPD Bremen und Senator für das Bildungswesen

Im Lande Bremen wird die SPD in den nächsten vier Jahren allein regieren. Die Entscheidung des SPD-Landesparteitages von 15. November bietet keine Überraschung mehr, nachdem die Bremer FDP die von der SPD geforderte Zusicherung verweigert hatte, daß die "bisherige Universitätspolitik kontinuierlich fortgesetzt wird".

Dem Außenstehenden wird es nicht in jedem Falle verständlich erscheinen, daß die Universitätsfrage zu Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP eine so große, ja die entscheidende Rolle gespielt hat. Es war jedoch die FDP, die das von der SPD getragene Reformkonzept im Mai 1971 zum Zentralpunkt des Wahlkampfes gemacht und mit der angeblich "roten Kadernschiede" den Austritt aus der langjährigen Regierungskoalition begründet hatte. So war es zwar zwangsläufig, daß die Bremer Sozialdemokraten nach ihrem großen Wahlsieg vom 10. Oktober und der damit verbundenen Bestätigung ihrer Universitätspolitik auf eine klare und bindende Anerkennung des sozialdemokratischen Universitätskonzepts drängen mußten.

Mit Rücksicht auf die sozialliberale Koalition in Bonn sind die Koalitionsverhandlungen in Bremen von der SPD mit größter Offenheit und Behutsamkeit geführt worden. Eine Verfälschung des Wählerwillens konnte allerdings nicht in Betracht gezogen werden. Für die Freien Demokraten kam es nach ihrer Wahlniederlage darauf an, auch der Öffentlichkeit gegenüber glaubwürdig zu bleiben. So zog sie letzten Endes den Weg in die Opposition vor. Die Bremer Sozialdemokraten haben für diese Entscheidung sicherlich dadurch erleichtert, daß sie auch ohne Koalitionsbindung ein faires Angebot unterbreiteten: Die FDP wird in allen Deputationen und Ausschüssen der Bremischen Bürgerschaft vertreten sein, obwohl sie nach der Zahl ihrer Mandate normalerweise nur in der Finanzdeputation mit einem Mitglied hätte vertreten sein dürfen. Die SPD wird durch Gesetzesänderung die Zahl der Deputationsmitglieder so erhöhen, daß die FDP auch in der Oppositionsrolle parlamentarische Arbeit leisten kann.

Der Landesparteitag der Bremer SPD wird am 25. November 1971 über die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder entscheiden. Fest steht bereits heute, daß der Spitzenkandidat Hans Koschnick und die bisherigen Mitglieder des Senats auch der neuen Landesregierung wieder angehören werden, mit Ausnahme des Innensensors Franz Löbert, der aus Altersgründen ausscheidet. Mit der Regierungserklärung am 15. Dezember wird dann allein unter sozialdemokratischer Führung die bewährte Landes- und Kommunalpolitik der SPD fortgesetzt, die dieses kleinste Bundesland in den letzten 25 Jahren zu einem aufstrebenden und stabilen demokratischen Faktor in der Bundesrepublik gemacht hat. (-/ex/16.11.1971/bcy)

Abschied von "Publik"

Progressives Katholiken-Organ wird eingestellt

Bei allen progressiv denkenden Bürgern wurde der Beschluß der zuständigen katholischen Stellen, das vor drei Jahren gegründete Wochenorgan "Publik" wieder einzustellen, mit großem Bedauern, ja vielfach auch mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. "Publik" hat sich in der Zeit seines kurzen Bestehens einen guten Ruf erworben. Seine Stimme, die Stimme eines kritischen Zeitgeistes, der keine Tabus scheute, fand weite Beachtung. "Publik", von Überzeugten Katholiken geleitet, wandte sich auch an Nicht-Katholiken und versuchte, ihnen die vielfältigen, nicht immer auf einen Nenner zu bringenden Erscheinungsformen des Katholizismus zu verdolmetschen, ohne sich dabei in grundsatzlosen Unverbindlichkeiten zu verlieren.

Dieses katholische Wochenorgan, zu dessen Mitarbeitern hervorragende Theologen und Gesellschaftskritiker zählten, hatte einen eindeutigen Standort bezogen. Er befand sich, um ein Kodewort zu gebrauchen, in der Mitte, manchmal auch links von der Mitte. Für diese Wochenzeitschrift existierten keine Scheuklappen, sie kämpfte mit offenen Visier. Sie versuchte, auf redliche Weise den Erfordernissen einer pluralistischen Gesellschaft Rechnung zu tragen, und sie vertrat einen weltoffenen, der Zukunft zugewandten und der Krise unserer Zeit aufgeschlossenen Katholizismus.

Die zuständigen Stellen haben gewichtige Gründe für den Einstellungsbeschluß, der schließlich nicht mehr überraschend kam, anzuführen. Hierbei ging es vor allem auch um drückende Finanzierungsfragen. "Publik" war zwar nicht als Profitunternehmen gedacht, doch auf die Dauer kann auch eine Wochenschrift dieses Stils nicht mit Defiziten existieren. Die Bischöfe glaubten, die Subventionszahlung von jährlich sechs Millionen DM für die weitere Existenz der Zeitschrift nicht mehr verantworten zu können. Sie wollen diesen Betrag sozial-humanitären Zwecken zuwenden.

"Publik" stand schon nach dem Erscheinen seiner ersten Ausgabe unter Kreuzfeuer von rechtskatholischen Konservativen. Ihnen paßte die ganze Richtung nicht. Daß "Publik" die Politik der sozialliberalen Koalitionen auf weiten Strecken positiv-kritisch verfolgte und beurteilte, mögen sie als Abkehr vom gerechten Wege empfunden haben.

Die letzte Ausgabe von "Publik" erscheint an diesem Donnerstag. Die publizistische Landschaft der Bundesrepublik hat einen bemerkenswerten Verlust erlitten. Eine von hohem Idealismus beschwungene Stimme, die kritische Geister bewegte und sie zuweilen auch inspirierte, wird leider nicht mehr zu hören sein.

(ae/aw/16.11.1971/ks)